

Christopher Clark
PREUSSEN

CHRISTOPHER CLARK

Preußen

Aufstieg und Niedergang

1600–1947

Aus dem Englischen

von Richard Barth, Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer

Deutsche Verlags-Anstalt

Die Originalausgabe dieses Buches erschien 2006 unter dem Titel
»Iron Kingdom. The Rise and Fall of Prussia, 1600–1947« bei Allen Lane, London.

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich
geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und
Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

2. Auflage der Neuausgabe

Copyright © 2006 Christopher Clark

Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2007/2023 Deutsche Verlags-Anstalt, München,

in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Straße 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Umschlagmotiv: ullstein bild / Imagno

Redaktion: Werner Wahls, Köln

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-07021-0

www.dva.de

Für Nina

Inhalt

<i>Einleitung</i>	9
1 Die brandenburgischen Hohenzollern	21
2 Verwüstung	40
3 Ein sonderbares Licht in Teutschland	61
4 Die Rangerhöhung	93
5 Protestanten	144
6 Die Mächte im Land	178
7 Der Kampf um die Vorherrschaft	220
8 <i>Sapere aude!</i>	293
9 Hybris und Nemesis: 1789–1806	333
10 Die Welt der Bürokraten	364
11 Eine eiserne Zeit	400
12 »Der Gang Gottes in der Welt«	448
13 Eskalation	500
14 Glanz und Elend der preußischen Revolution	536
15 Vier Kriege	583
16 In Deutschland aufgegangen	635
17 Das Ende	704
<i>Danksagung</i>	781
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	784
<i>Verzeichnis der Karten</i>	786
<i>Anmerkungen</i>	787
<i>Auswahlbibliographie</i>	865
<i>Personen-, Orts- und Sachregister</i>	887

EINLEITUNG

Am 25. Februar 1947 unterzeichneten Vertreter der alliierten Besatzungsbehörden in Berlin ein Gesetz zur Auflösung des preußischen Staates. Von diesem Tage an gehörte Preußen der Geschichte an.

Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erlässt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

ARTIKEL I

Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.¹

Das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats war weit mehr als ein bloßer Verwaltungsakt. Indem sie Preußen von der europäischen Landkarte tilgten, fällten die alliierten Behörden zugleich ihr Urteil über dieses Land. Preußen war kein deutsches Land wie jedes andere, auf einer Stufe mit Baden, Württemberg, Bayern oder Sachsen. Preußen war der eigentliche Ursprung der deutschen »Krankheit«, die Europa ins Unglück gestürzt hatte. Preußen war der Grund, warum Deutschland den Pfad des Friedens und der politischen Moderne verlassen hatte. »Das Herz Deutschlands schlägt in Preußen«, sagte Churchill am 21. September 1943 im britischen Parlament. »Hier liegt der Ursprung jener Krankheit, die stets neu ausbricht.«² Dass Preußen von der politischen Landkarte Europas verschwand, war daher zumindest symbolisch eine Notwendigkeit. Seine Geschichte war »zum Alb geworden, der auf dem Gehirne der Lebenden lastete«.

Dieses schmachvolle Ende lastet auf dem Gegenstand dieses Buches. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert hatte man ein überwiegend positives Bild der preußischen Geschichte gezeichnet. Die protestantischen Historiker der »Preußischen Schule« feierten den preußischen Staat als Vehikel der effektiven Verwaltung und des Fortschritts, als Befreier des pro-

testantischen Deutschlands von der österreichisch-habsburgischen und der französisch-napoleonischen Plage. Sie sahen den 1871 gegründeten, von Preußen dominierten Nationalstaat als den natürlichen, unvermeidlichen und bestmöglichen Endpunkt der historischen Entwicklung Deutschlands seit der Reformation.

Dieses rosarote Bild der preußischen Vergangenheit verblich nach 1945, als die Verbrechen des NS-Regimes ihren langen Schatten auf die deutsche Geschichte warfen. Der Nationalsozialismus sei kein Zufall gewesen, argumentierte der bekannte Historiker Ludwig Dehio, sondern »das akute Symptom eines chronischen [preußischen] Gebrechens«. Der Österreicher Adolf Hitler sei von seiner Mentalität her ein »Wahlpreuße« gewesen.³ Diese Deutung, derzufolge die deutsche Geschichte der Neuzeit vom »normalen« (d. h. britischen, amerikanischen oder westeuropäischen) Reifeprozess zu weitgehender Liberalität und politischer Stabilität abgewichen sei, fand immer mehr Anhänger. Während in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden die Macht der traditionellen Eliten und politischen Institutionen durch »bürgerliche Revolutionen« gebrochen worden sei, so die Begründung, sei dies in Deutschland nicht gelungen. Stattdessen sei Deutschland einem »Sonderweg« gefolgt, der in zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft gipfelte.

In diesem Szenario der politischen Fehlentwicklung kam Preußen eine Schlüsselrolle zu, denn hier waren die klassischen Kennzeichen des Sonderwegs am deutlichsten ausgeprägt. Das wichtigste dieser Kennzeichen war die ungebrochene Macht der Junker, jener adeligen Gutsbesitzer in den Gebieten östlich der Elbe, deren dominierende Stellung in der Verwaltung, im Militär und in der ländlichen Gesellschaft das europäische Zeitalter der Revolutionen unbeschadet überstanden hatte. Die Folgen für Preußen (und damit für Deutschland) waren, so schien es, verheerend: eine von Engstirnigkeit und Intoleranz geprägte politische Kultur, der Hang, Macht höher einzuschätzen als Recht und Gesetz, und eine ungebrochene militaristische Tradition. Im Zentrum fast aller Diagnosen des Sonderwegs stand der Gedanke einer einseitigen oder »unvollständigen« Modernisierung, bei der die Entwicklung der politischen Kultur mit den Innovationen und dem Wachstum im Bereich der Wirtschaft nicht Schritt gehalten habe. Dieser Lesart zufolge war Preußen der Fluch des neuzeitlichen Deutschlands und der europäischen Geschichte. Preußen habe dem jungen deutschen Nationalstaat den Stempel seiner eigenen politischen Kultur aufgedrückt, die liberalere

politische Kultur Süddeutschlands beiseitegeschoben und so die Grundlagen für politischen Extremismus und ein diktatorisches Regime gelegt. Autoritarismus, Unterwürfigkeit und Gehorsam hätten zum Zusammenbruch der Demokratie geführt und der Diktatur den Weg geebnet.⁴

Dieser Paradigmenwechsel in der historischen Wahrnehmung stieß bei jenen Historikern, die den aufgelösten Staat zu rehabilitieren versuchten, auf energischen Widerspruch (vor allem in der Bundesrepublik, und vor allem bei Historikern, die liberal oder konservativ eingestellt waren). Sie betonten die positiven Errungenschaften Preußens – die unbestechliche Beamtenschaft, die Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten, das von den anderen deutschen Staaten bewunderte und nachgeahmte preußische »Allgemeine Landrecht« von 1794, die im 19. Jahrhundert von keinem anderen Staat übertroffene Alphabetisierungsrate und die beispielhafte Effizienz der Bürokratie. Sie lenkten die Aufmerksamkeit auf die Dynamik der preußischen Aufklärung. Sie unterstrichen die Fähigkeit des preußischen Staates, sich in Krisenzeiten zu wandeln und neu zu konstituieren. Der politischen Unterwürfigkeit, immer wieder von den Anhängern des deutschen Sonderwegs in den Vordergrund gerückt, stellten sie bemerkenswerte Fälle von Ungehorsam gegenüber und betonten insbesondere die Rolle der preußischen Offiziere beim Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944. Das von ihnen gezeichnete Preußen war auch nicht frei von Fehlern, aber es hatte wenig mit dem Rassenstaat gemeinsam, den die Nationalsozialisten geschaffen hatten.⁵

Ihren Höhepunkt erreichten diese Bemühungen um eine Rehabilitation Preußens mit der großen Preußen-Ausstellung, die 1981 in West-Berlin gezeigt wurde und mehr als eine halbe Million Besucher anzog. Auf seinem Rundgang konnte der Betrachter mit Hilfe einer Vielzahl von Objekten und Texttafeln, die von einem internationalen Wissenschaftlerteam zusammengestellt worden waren, die Geschichte Preußens nach verfolgen. Neben militärischen Ausrüstungsgegenständen, Stammbäumen von Adelsfamilien, Darstellungen des höfischen Lebens und Bildern von historischen Schlachten gab es auch Räume zu den Themen »Toleranz«, »Emanzipation« und »Revolution«. Die Ausstellungsmacher wollten die Vergangenheit nicht in ein nostalgisches Licht tauchen (gleichwohl war vielen Kritikern auf der politischen Linken das Konzept definitiv zu wohlwollend), sondern abwechselnd Licht und Schatten zeigen und so eine »Bilanz« der preußischen Geschichte ziehen. Die Kommentare zu der Ausstellung – sowohl in den offiziellen Katalogen als

auch in den Medien – beschäftigten sich vorrangig mit der Bedeutung Preußens im heutigen Deutschland. Ein Großteil der Diskussion kreiste um die Frage, welche Lehren aus der schwierigen Reise Preußens in die Moderne zu ziehen seien. Es sei notwendig, so war zu vernehmen, die »Tugenden« – wie Toleranz oder den uneigennütigen Dienst am Gemeinwohl – in Ehren zu halten und sich gleichzeitig von den weniger appetitlichen Eigenschaften in der preußischen Tradition zu lösen, etwa von autokratischen Einstellungen in der Politik oder der Tendenz, militärische Erfolge zu glorifizieren.⁶

Auch heute noch, über zwei Jahrzehnte später, scheiden sich an Preußen die Geister. Nach der Vereinigung Deutschlands 1990 und der Verlegung des Regierungssitzes vom katholisch geprägten Bonn im »Westen« in das protestantische Berlin im »Osten« kamen Bedenken auf, ob die Macht der preußischen Vergangenheit tatsächlich als »gezähmt« gelten könne. Würde der »altpreußische Geist« wiedererwachen und die deutsche Republik heimsuchen? Der Staat Preußen ist ausgelöscht, doch der Begriff »Preußen« als politisches Symbol hat eine gewisse Renaissance erlebt. Er ist zu einem Slogan der Rechten in Deutschland geworden, die in den »altpreußischen Traditionen« ein tugendhaftes Gegengewicht sehen zur »Orientierungslosigkeit«, dem »Werteverfall«, der »politischen Korruption« und dem Verlust einer kollektiven Identität im heutigen Deutschland.⁷ Für viele in Deutschland ist »Preußen« allerdings auch heute noch ein Synonym für alles Abstoßende in der deutschen Geschichte, für Militarismus, Eroberung, Arroganz und Intoleranz. Die Kontroverse über Preußen flackert immer dann wieder auf, wenn preußische Symbole ins Spiel kommen. Ereignisse wie die Umbettung der sterblichen Überreste Friedrichs des Großen in den Schlosspark von Sanssouci im August 1991 oder der Plan, das Berliner Stadtschloss der Hohenzollern wieder aufzubauen, führen immer wieder zu hitzigen öffentlichen Diskussionen.⁸

Im Februar 2002 wurde der Sozialdemokrat Alwin Ziel, bis dahin eher unauffälliger Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg, schlagartig bekannt, als er sich in die Debatte um eine mögliche Zusammenlegung der Stadt Berlin mit dem Bundesland Brandenburg einschaltete. »Berlin-Brandenburg«, meinte er, sei ein ziemlich sperriger Begriff. Wie wäre es, wenn man das neue Bundesland »Preußen« nennen würde? Der Vorschlag schlug hohe Wellen. Kritische Stimmen warnten vor der Wiedergeburt Preußens, das Thema wurde landauf,

landab in den Talkshows diskutiert, und in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien eine Serie von Artikeln unter der Rubrik: »Darf Preußen sein?« Unter denen, die sich zu Wort meldeten, war auch Hans-Ulrich Wehler, einer der führenden Verfechter des deutschen Sonderwegs. Sein Artikel, in dem er den Vorschlag Ziels vehement zurückwies, war überschrieben mit »Preußen vergiftet uns«.⁹

Kein Versuch, die preußische Geschichte zu verstehen, kann sich dieser Debatte entziehen. Die Frage, inwieweit Preußen in die Katastrophen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert verwickelt war, muss Teil jeder Bewertung der Geschichte dieses Staates sein. Das bedeutet jedoch nicht, dass man die Geschichte Preußens (oder irgendeines anderen Staates) ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Machtergreifung Hitlers betrachten muss. Ebenso wenig heißt es, dass man Preußen einzig nach ethischen Kategorien bewerten und pflichtbewusst das Gute loben und das Schlechte tadeln muss. Die stark polarisierten Urteile, die in zeitgenössischen Debatten (und in Teilen der geschichtswissenschaftlichen Literatur) immer wieder auftauchen, sind nicht nur deshalb problematisch, weil sie der wechsellvollen preußischen Geschichte nicht gerecht werden, sondern weil sie diese Geschichte auf eine teleologische Betrachtungsweise der deutschen Schuld verkürzen. Die Wahrheit ist, dass Preußen ein europäischer Staat war, lange bevor es ein deutscher wurde. Deutschland – hier nehme ich eine der zentralen Thesen dieses Buches vorweg – war nicht die Erfüllung Preußens, sondern sein Verderben.

Aus diesem Grund habe ich gar nicht erst versucht, Laster und Tugenden Preußens herauszuarbeiten und sie gegeneinander abzuwägen. Ich habe nicht den Anspruch, irgendwelche »Lehren« in Form von moralischen oder politischen Ratschlägen für heutige oder zukünftige Generationen abzuleiten. Wer diese Seiten liest, wird weder dem rauhen, kriegslüsternen Termitenstaat preußenfeindlicher Abhandlungen begegnen, noch der Lagerfeuerromantik der prussophilen Tradition. Als australischer Historiker, der im Cambridge des 21. Jahrhunderts arbeitet, bin ich glücklicherweise von der Verpflichtung (oder Versuchung) befreit, das historische Erbe Preußens zu beklagen oder zu feiern. Vielmehr stellt dieses Buch den Versuch dar, die Kräfte zu verstehen, die Preußen geformt und zerstört haben.

In jüngerer Zeit wird gerne betont, dass Nationen und Staaten keine naturgegebenen Phänomene sind, sondern mehr oder weniger zufällig entstandene, künstliche Schöpfungen. Man sagt, dass sie erfundene bzw.

konstruierte Gebilde sind, mit einer kollektiven Identität, die durch bewusste Willensakte »geschmiedet« wird.¹⁰ Kein neuzeitlicher Staat ist besser geeignet, diese Sichtweise zu untermauern, als Preußen. Preußen war eine Ansammlung disparater, weit verstreuter Gebiete ohne natürliche Grenzen, die weder durch eine gemeinsame Kultur verbunden waren, noch durch ihren Dialekt oder ihre Küche. Diese ungünstige Ausgangslage wurde dadurch noch verschärft, dass im Rahmen der territorialen Expansion in unbestimmten Abständen immer wieder neue Bevölkerungsgruppen integriert werden mussten, deren Loyalität zum preußischen Staat nur durch einen langwierigen Assimilationsprozess gewonnen werden konnte – wenn überhaupt. Die Schaffung »preußischer« Untertanen war ein langwieriger Prozess, der immer wieder ins Stocken geriet. Als Preußen sein formales Ende erlebte, hatte dieser Prozess längst an Schwung verloren. Die Bezeichnung »Preußen« selbst hatte ja immer etwas Gezwungenes, weil sie nicht vom Kernland der Hohenzollerndynastie abgeleitet war (der Mark Brandenburg rings um Berlin), sondern von der östlichsten Provinz des Herrschaftsgebiets der Hohenzollern, einem Herzogtum an der Ostsee, das mit den übrigen Territorien gar nicht verbunden war. »Preußen« war sozusagen das Logo, das sich die brandenburgischen Kurfürsten zulegte, nachdem sie 1701 zu Königen aufgestiegen waren. Der eigentliche Kern, die eigentliche Essenz der preußischen Tradition war das Fehlen einer Tradition. Wie diesem abstrakten, leblosen Staatsgebilde Leben eingehaucht wurde, wie es sich von einer Ansammlung schablonenhafter Fürstentitel zu einem lebendigen Ganzen entwickelte, und wie es ihm gelang, die Loyalität seiner Untertanen zu gewinnen – diese Fragen stehen in diesem Buch im Zentrum des Interesses.

Im allgemeinen Sprachgebrauch steht »preußisch« noch heute für eine ganz bestimmte Art von autoritärer Planmäßigkeit, und daher ist die Versuchung groß, sich die preußische Geschichte als detailliert ausgearbeiteten Plan vorzustellen, nach dem die Hohenzollern die Macht des Staates immer weiter ausgedehnt, ihr Herrschaftsgebiet erweitert, neue Besitzungen eingegliedert und den regionalen Adel zurückgedrängt haben. In diesem Szenario erhebt sich der Staat aus dem Chaos und der Dunkelheit des Mittelalters, durchtrennt Traditionsstränge und errichtet eine rationale, allumfassende Ordnung. Dieses Buch will dieses Bild ins Wanken bringen. Es möchte dem Leser einen Zugang zur preußischen Geschichte eröffnen, in dem Ordnung und Unordnung glei-

chermaßen ihren Platz haben. Die Erfahrung des Krieges, der schrecklichsten Form der Unordnung, zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte preußische Geschichte. Sie hat den Staatsbildungsprozess auf komplexe Weise beeinflusst, ihn mal beschleunigt, mal gebremst. Was die Konsolidierung des Staates im Inneren betrifft, so stellt sich diese als planloser, improvisierter Prozess dar, der sich in einem dynamischen, mitunter instabilen sozialen Umfeld vollzogen hat. Manchmal war »Verwaltung« ein anderes Wort für kontrollierte Umwälzungen. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein gab es viele preußische Gebiete, in denen das Vorhandensein des Staates kaum spürbar war.

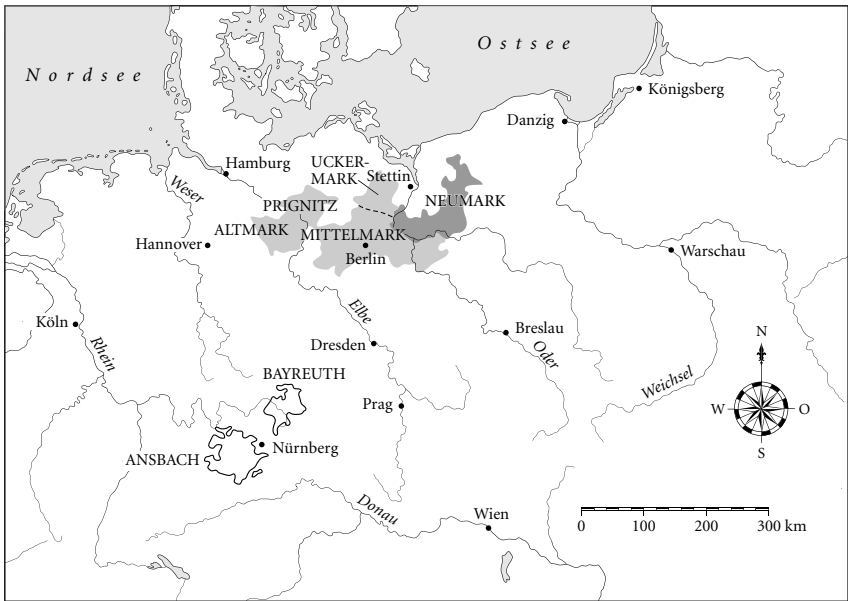
Dies bedeutet allerdings nicht, dass man »den Staat« an den Rand der preußischen Geschichte drängen sollte. Man sollte ihn vielmehr als Produkt der politischen Kultur betrachten, als Spiegelbild des kollektiven Bewusstseins. Es gehört zu den bemerkenswerten Kennzeichen der intellektuellen Entwicklung Preußens, dass der Gedanke einer eigenen preußischen Geschichte stets aufs Engste verwoben war mit der Betonung der Legitimität und Notwendigkeit des Staates. Der Große Kurfürst zum Beispiel war Mitte des 17. Jahrhunderts der Ansicht, dass die Konzentration der politischen Macht in der Exekutive des monarchischen Staates die beste Sicherheit gegen Angriffe von außen garantiere. Doch dieses Argument – das von Historikern gelegentlich unter der Rubrik »Primat der Außenpolitik« aufgegriffen wird – war selbst Teil der Evolution des preußischen Staates. Es war eines der rhetorischen Mittel, mit denen der Fürst seinen Machtanspruch als Landesherr untermauerte.

Anders ausgedrückt: Die Geschichte des preußischen Staates ist zugleich die Geschichte der Geschichte des preußischen Staates, denn der preußische Staat erfand seine Geschichte sozusagen erst beim Erzählen und entwickelte nach und nach eine immer ausgefeiltere Darstellung seines bisherigen Werdegangs und seiner Ziele in der Gegenwart. Im frühen 19. Jahrhundert führte die Notwendigkeit, angesichts der Herausforderung durch die Französische Revolution die preußische Regierungsform zu rechtfertigen, zu einer einzigartigen Eskalation im Diskurs. Der preußische Staat legitimierte sich als Träger des historischen Fortschritts und bediente sich dabei eines derart überschwänglichen Vokabulars, dass er zum Modellfall einer bestimmten Ausprägung der Moderne wurde. Doch die Autorität und Erhabenheit des Staates in den Köpfen gebildeter Zeitgenossen hatte wenig mit der tatsächlichen Bedeutung zu tun, die er für das Leben der breiten Mehrheit der Untertanen hatte.

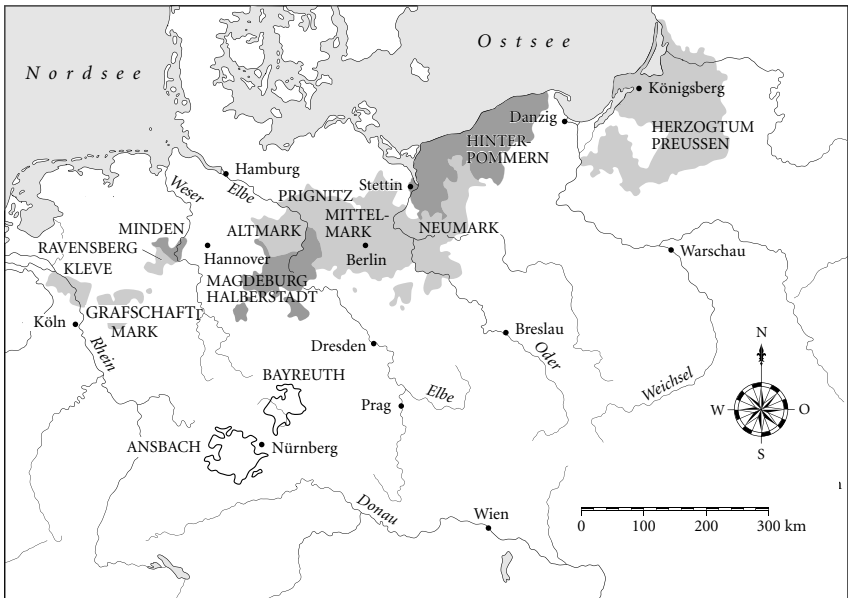
Zwischen dem bescheidenen territorialen Erbe Preußens und seiner herausgehobenen Position im Gang der Geschichte besteht ein auffälliger Kontrast. Besucher in Brandenburg, dem historischen Kernland des preußischen Staates, waren seit jeher überrascht angesichts der Spärlichkeit seiner Ressourcen und der Provinzialität seiner verschlafenen Städte. Was sie vorfanden, deutete nicht gerade auf den außergewöhnlichen historischen Aufstieg Brandenburgs hin – ganz zu schweigen davon, dass es ihn erklärt hätte. »Jemand müsste etwas darüber schreiben, was da gerade geschieht«, schrieb Voltaire zu Beginn des Siebenjährigen Krieges (1756–1763), in dem sein Freund Friedrich der Große sich gegen die vereinten Kräfte Frankreichs, Russlands und Österreichs behaupten musste. »Es wäre von einigem Nutzen, wenn man erklären könnte, wie es dazu kam, dass das sandige Land Brandenburg so mächtig geworden ist, dass man mehr Streitkräfte gegen Brandenburg mobilisiert hat als jemals gegen Ludwig XIV.«¹¹ Die offensichtliche Diskrepanz zwischen der militärischen Stärke des preußischen Staates und den spärlichen Ressourcen, die zu ihrer Aufrechterhaltung zur Verfügung standen, erklärt einen der seltsamsten Wesenszüge der Geschichte Preußens als europäische Macht, nämlich die Tatsache, dass sich Phasen frühreifer Stärke mit Phasen gefährlicher Schwäche abwechselten. Im öffentlichen Bewusstsein ist Preußen mit der Erinnerung an militärische Erfolge verbunden: Roßbach, Leuthen, Leipzig, Waterloo, Königgrätz, Sedan. Doch im Laufe seiner Geschichte stand Preußen mehrmals am Rande seiner politischen Auslöschung: während des Dreißigjährigen Krieges, während des Siebenjährigen Krieges, und noch einmal 1806, als Napoleon die preußische Armee vernichtete und den König zur Flucht durch halb Nordeuropa zwang, bis ins Memelgebiet im äußersten Osten seines Königreiches. Zeiten der Aufrüstung und der militärischen Konsolidierung wurden immer wieder von langen Phasen der schrumpfenden Ressourcen und des Niedergangs unterbrochen. Die Kehrseite des unerwarteten preußischen Aufstiegs war ein bleibendes Gefühl der Verwundbarkeit, das die politische Kultur Preußens zutiefst geprägt hat.

Dieses Buch beschreibt, wie Preußen entstanden ist und wie es unterging. Nur wenn man diese beiden Prozesse versteht, wird nachvollziehbar, warum ein Staat, der einst in den Köpfen so vieler Menschen einen so bedeutenden Platz eingenommen hat, ebenso restlos wie abrupt von der politischen Bühne verschwinden konnte, ohne dass ihm jemand eine Träne nachgeweiht hätte.

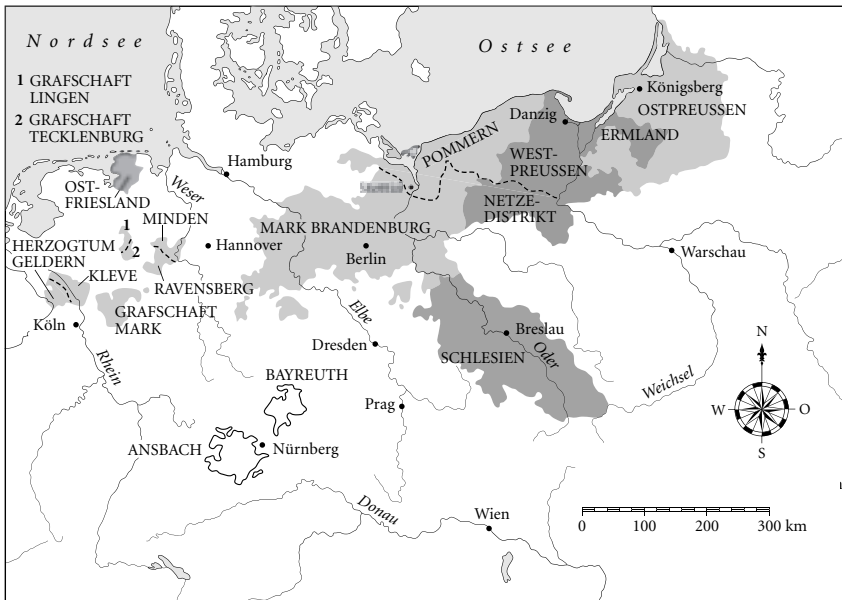
Eine Geschichte
von Brandenburg – Preußen
in 6 Karten



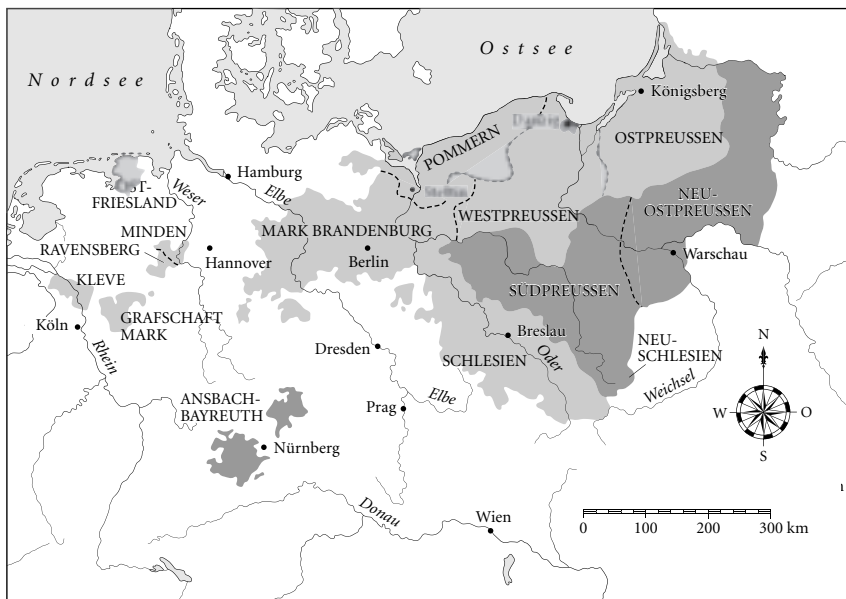
Das Kurfürstentum Brandenburg zur Zeit seines Erwerbs durch die Hohenzollern im Jahr 1415



Brandenburg-Preußen zur Zeit des Großen Kurfürsten (1640–1688)



Das Königreich Preußen zur Zeit Friedrichs des Großen (1740–1786)



Preußen unter Friedrich Wilhelm II. mit den in der zweiten und dritten Teilung Polens (1793/1795) hinzugewonnenen Gebieten



Preußen nach dem Wiener Kongress (1815)



Preußen zur Zeit des Kaiserreichs (1871–1918)

KAPITEL 1

Die brandenburgischen Hohenzollern

Das Kernland

Am Anfang war Brandenburg. Rings um Berlin erstreckte sich auf etwa 40.000 Quadratkilometern das Kernland jenes Staates, der später unter dem Namen Preußen in die Geschichte eingehen sollte.

Die Landschaft Brandenburgs war Teil der trostlosen Ebene, die sich von den Niederlanden bis zum Norden Polens erstreckte, eine Gegend ohne besondere Kennzeichen, die kaum je Besucher anlockte. Ihren Flüssen, die sich träge dahinschlängelten, fehlte die Erhabenheit des Rheins oder der Donau, ein Großteil der Fläche war von eintönigen Wäldern aus Birken und Föhren bedeckt. Der Verfasser einer frühen Beschreibung Brandenburgs, der Topograf Nicolaus Leuthinger, schrieb 1598 von einem »ebenen, bewaldeten Land mit vielen Sümpfen«. Sand, Ebene, Sümpfe und unkultivierte Flächen sind immer wiederkehrende Begriffe in allen frühen Berichten, selbst in den wohlwollendsten.¹

Die Böden waren in weiten Teilen Brandenburgs von nur geringer Qualität. In einigen Gebieten, vor allem rings um Berlin, war der Boden so sandig und locker, dass nicht einmal Bäume wuchsen. In dieser Hinsicht änderte sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts wenig. Ein Engländer, der sich im Hochsommer Berlin von Süden her näherte, berichtete von »ganzen Gegenden voller blankem, heißem Sand; dazwischen hier und da ein Dorf und Wälder aus verkümmerten Föhren, die auf ausgebleichten, dicht von Rentiermoos bedeckten Böden stehen«².

Metternich wird der Ausspruch zugeschrieben, Italien sei ein »geografischer Begriff«. Von Brandenburg ließ sich nicht einmal das behaupten. Es war ein Binnenstaat ohne natürliche Grenzen, die man hätte verteidigen können, ein rein politisches Gebilde aus Landstrichen, die man im Mittelalter heidnischen Slawen abgetrotzt hatte und in denen Einwanderer aus zahlreichen deutschsprachigen Gebieten, sowie aus Frankreich, den Niederlanden, Norditalien und England siedelten. Nach und nach verlor sich das slawische Erbe, aber bis weit ins 20. Jahrhundert hinein

gab es in den Dörfern des Spreewalds bei Berlin Enklaven mit Slawisch sprechenden Einwohnern, den Wenden. Der Grenzlandcharakter der Region, ihre Rolle als östliche Grenze der Besiedlung durch deutschsprachige Christen, fand ihren semantischen Niederschlag in der Bezeichnung »Mark«, die sowohl für Brandenburg insgesamt verwendet wurde, als auch für vier der fünf Teilgebiete: die Mittelmark um Berlin, die Altmark im Westen, die Uckermark im Norden und die Neumark im Osten (das fünfte Gebiet war die Prignitz im Nordwesten).

Die Voraussetzungen für den Warentransport waren primitiv. Brandenburg hatte keinen Zugang zum Meer und damit auch keinen Seehafen. Zwischen Elbe und Oder, die an der westlichen bzw. östlichen Flanke der Mark Richtung Nord- bzw. Ostsee flossen, gab es keine Wasserstraße, sodass die Residenzstädte Berlin und Potsdam nicht an die wichtigsten Transportwege der Region angebunden waren. Im Jahr 1548 hatte man mit dem Bau eines Kanals begonnen, der die Spree, die durch Berlin und ihre Schwesterstadt Cölln floss, mit der Oder verbinden sollte. Das Vorhaben erwies sich jedoch als zu teuer und wurde aufgegeben. Da in jener Zeit der Transport zu Lande sehr viel teurer war als zu Wasser, war der Mangel an schiffbaren Wasserwegen in West-Ost-Richtung ein schwerwiegendes Strukturdefizit.

Hochwertige landwirtschaftliche Produkte (Wein, Krapp, Flachs, Barchent, Wolle und Seide), wie sie in anderen deutschen Gebieten hergestellt wurden, suchte man in Brandenburg vergebens, und die Vorkommen der damals wichtigsten Erze (Silber, Kupfer, Eisen, Zink und Zinn) waren gering.³ Das wichtigste Zentrum der Metallverarbeitung war ein Eisenhüttenwerk, das in den 1550er Jahren in der befestigten Stadt Peitz errichtet worden war. Auf einer zeitgenössischen Darstellung sind solide Gebäude zu sehen, die zwischen schnell fließenden künstlichen Wasserwegen liegen. Die schweren Hämmer, die das Metall flachschlugen und formten, wurden von einem großen Wasserrad angetrieben. Für den Kurfürsten hatte diese Eisenhütte eine gewisse Bedeutung, waren seine Garnisonen doch auf Munition aus Peitz angewiesen, aber darüber hinaus war ihr wirtschaftlicher Nutzen gering. Das dort produzierte Eisen war bei Frost wenig bruchfest. Brandenburg war also auf dem regionalen Markt nicht konkurrenzfähig, und ohne Förderung durch den Staat in Form von Aufträgen und Einfuhrbeschränkungen wäre das zarte Pflänzchen eines metallverarbeitenden Sektors nicht lebensfähig gewesen.⁴ Brandenburg konnte sich in keiner Weise mit den florierenden Gieße-

reien messen, die weiter südöstlich im erzeichen Kurfürstentum Sachsen lagen. Ebenso wenig war es im Hinblick auf die Waffenproduktion so autark wie Schweden, das sich im frühen 17. Jahrhundert als Regionalmacht etablieren konnte.

Frühe Berichte über die landwirtschaftliche Topografie in Brandenburg vermitteln einen zwiespältigen Eindruck. Die in weiten Landesteilen schlechte Bodenqualität führte zu niedrigen Erträgen. In manchen Gegenden war der Boden so schnell ausgelaugt, dass man nur alle sechs, neun oder zwölf Jahre aussäen konnte, ganz zu schweigen von den Landstrichen mit »unfruchtbarem Sandboden« oder Sumpfland, in denen gar nichts angebaut werden konnte.⁵ Andererseits gab es auch Gebiete – vor allem in der Alt- und Uckermark und im fruchtbaren Havel-land westlich von Berlin –, die über genügend Ackerland verfügten, auf dem intensiver Getreideanbau möglich war. Hier gab es um 1600 deutliche Anzeichen von wirtschaftlicher Prosperität. Begünstigt vom langen Aufschwung, den Europa im 16. Jahrhundert erlebte, konnten die Grundbesitzer des brandenburgischen Adels ansehnliche Vermögen anhäufen, indem sie Getreide für den Export produzierten. Zeugnis von diesem Reichtum legten nicht nur die prunkvollen Renaissancehäuser ab, die sich wohlhabende Familien bauen ließen – von denen allerdings kaum



eines erhalten ist –, sondern auch die zunehmende Bereitschaft, Söhne zum Studieren ins Ausland zu schicken, sowie der drastische Anstieg der Grundpreise. Ein weiteres Zeichen der wirtschaftlichen Blüte im 16. Jahrhundert waren die Wellen deutscher Einwanderer aus Franken, den sächsischen Fürstentümern, Schlesien und dem Rheinland, die sich auf leer stehenden Höfen niederließen.

Doch selbst die Profite der erfolgreichsten Grundbesitzer haben allenfalls auf lokaler Ebene zu Produktionssteigerungen geführt. Gesamtwirtschaftlich haben sie sich kaum ausgewirkt.⁶ Wegen der in Brandenburg weit verbreiteten Gutsherrschaft wurden nicht so viele Arbeitskräfte freigesetzt und die Kaufkraft nicht so sehr gesteigert, dass die Stadtentwicklung ähnlich vorangetrieben worden wäre wie im Westen Europas. Die Städte entwickelten sich zwar auch hier zu Verwaltungszentren, aber sie blieben deutlich kleiner als anderswo. Handwerk und Handel hatten lediglich lokale Bedeutung. Bei Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges 1618 wohnten in der Hauptstadt, einem Doppelort, der damals Berlin-Cölln genannt wurde, nicht mehr als 10.000 Menschen – die Stammbevölkerung der Stadt London lag zu dieser Zeit bei etwa 130.000.

Die Dynastie

Wie kam es, dass dieses nicht gerade vielversprechende Territorium zum Kernland eines mächtigen europäischen Staates wurde? Der Schlüssel lag nicht zuletzt in der Umsicht und dem Ehrgeiz der herrschenden Dynastie. Die Hohenzollern waren eine aufstrebende Adelsfamilie süddeutscher Magnaten. Friedrich von Hohenzollern, Burggraf des kleinen, aber reichen Territoriums Nürnberg, erhielt Brandenburg im Jahr 1415 vom damaligen Landesherrn, Kaiser Sigismund, zum erblichen Besitz als Dank für seine Unterstützung bei der Bewerbung um die römische Königskrone. Dieses Geschäft brachte ihm nicht nur Land ein, sondern auch einen Prestigegewinn, war Brandenburg doch eines von sieben Kurfürstentümern des Heiligen Römischen Reiches, eines Flickenteppichs aus Klein- und Kleinststaaten, der sich über den deutschsprachigen Teil Europas erstreckte. Indem Friedrich I. den Titel eines Kurfürsten von Brandenburg erwarb, übernahm er eine wichtige Funktion in einem politischen Gebilde, das heute vollständig von der europäischen Landkarte verschwunden ist: Das »Heilige Römische Reich Deutscher Nation« war im Wesentlichen

ein Überbleibsel aus dem Mittelalter und fußte auf der christlichen Universalmonarchie, dem Prinzip der Herrschaftsteilung und gemeinsamen Privilegien der Fürsten. Es war kein »Reich« im modernen Sinn, in dem ein Territorium anderen ein Herrschaftssystem aufoktroziert, sondern ein loser Verband mit dem kaiserlichen Hof als Zentrum, der durch verfassungsrechtliche Regelungen zusammengehalten wurde. Es umfasste über 300 souveräne Territorien, die sich in ihrer Größe und ihrem rechtlichen Status stark unterschieden.⁷ Neben Deutschen gehörten an den Rändern des deutschsprachigen Europas auch Französisch sprechende Wallonen, niederländische Flamen, Dänen, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten und Italiener zu den Untertanen des Reiches.

Das wichtigste politische Organ war der Reichstag. Hier versammelten sich die Gesandten der »Reichsstände«, aus denen sich das Reich zusammensetzte: Fürstentümer, Bistümer, Klöster, Grafschaften und freie Reichsstädte – weitgehend unabhängige Kleinststaaten.

An der Spitze dieser buntscheckigen politischen Landschaft stand der römisch-deutsche König, der von den Kurfürsten gewählt wurde. Dieser war zugleich Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Theoretisch hätte also jeder Kandidat aus einer wahlberechtigten Dynastie dieses Amt übernehmen können. In der Praxis fiel die Wahl vom Ende des Mittelalters bis zur offiziellen Auflösung des Reiches 1806 fast immer auf den ältesten männlichen Habsburger.⁸ Seit den 1520er Jahren, nach einer Kette vorteilhafter Heiraten und glücklicher Erbfälle (vor allem in Böhmen und Ungarn), waren die Habsburger die mit Abstand reichste und mächtigste deutsche Dynastie. Zu den Besitzungen der böhmischen Krone gehörten das erzeiche Herzogtum Schlesien und die Markgrafschaften Ober- und Niederlausitz, wichtige wirtschaftliche Zentren. Der Habsburger Hof kontrollierte eine beeindruckende Ansammlung von Territorien, die von den westlichen Randgebieten Ungarns bis an die südliche Grenze Brandenburgs reichte.

Durch ihren Aufstieg zu Kurfürsten von Brandenburg gehörten die fränkischen Hohenzollern also einer kleinen Elite deutscher Fürsten an – insgesamt gab es nur sieben Kurfürsten –, die das Recht hatten, den deutschen König und damit Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu wählen. Der Titel eines Kurfürsten brachte gewaltige Vorteile mit sich. Er war das Symbol für eine herausgehobene Stellung, die ihren Ausdruck nicht nur in den dynastischen Insignien fand, sondern auch im aufwändigen Zeremoniell, das sämtliche offiziell-

len Anlässe des Reiches begleitete. Er ermöglichte es den Fürsten von Brandenburg, ihre Kurstimme regelmäßig gegen politische Konzessionen oder Geschenke des Kaisers einzutauschen. Solche Gelegenheiten ergaben sich nicht nur bei jeder Wahl, sondern immer dann, wenn der jeweilige König darauf bedacht war, schon im Vorfeld die Unterstützung für seinen Nachfolger zu sichern.

Die Hohenzollern arbeiteten intensiv daran, ihren Herrschaftsbereich zu konsolidieren und auszubauen. Bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts hinein gab es in der Regierungszeit fast jedes Kurfürsten bedeutende territoriale Zugewinne. Außerdem gelang es den Hohenzollern im Gegensatz zu einigen anderen Adelsfamilien in der Region, eine Teilung ihres Landbesitzes zu vermeiden. Die Unteilbarkeit Brandenburgs wurde durch die so genannte *Dispositio Achillea* gesichert, das Erbfolgegesetz von 1473. Zwar setzte sich Joachim I. Nestor (reg. 1499–1535) über dieses Gesetz hinweg und ordnete an, dass das Land nach seinem Tod zwischen seinen beiden Söhnen aufgeteilt werden sollte, aber der jüngere Sohn starb 1571 ohne Nachkommen, sodass die Einheit der Mark wiederhergestellt war. Kurfürst Johann Georg (reg. 1571–1598) schlug in seinem politischen Testament eine neuerliche Teilung der Mark zwischen seinen Söhnen aus mehreren Ehen vor. Sein Nachfolger, Kurfürst Joachim Friedrich (reg. 1598–1608), konnte nur deshalb das brandenburgische Erbe zusammenhalten, weil die südliche, fränkische Linie der Familie ausstarb. Dadurch konnte er seine jüngeren Brüder mit Ländereien außerhalb des brandenburgischen Herrschaftsbereiches entschädigen. Diese Beispiele machen deutlich, dass sich die Hohenzollern im 16. Jahrhundert noch nicht als Landesherren sahen, sondern sich nach wie vor wie Familienvorstände verhielten. Zwar gab es auch nach 1596 die Versuchung, das Wohl der Familie obenan zu stellen, aber sie war nicht mehr stark genug, um die territoriale Integrität des Landes zu gefährden. Während die Territorien anderer Dynastien in dieser Zeit von Generation zu Generation in immer kleinere Staaten zerfielen, blieb Brandenburg intakt.⁹

Der Kaiser aus dem Hause Habsburg nahm auf der politischen Landkarte der Kurfürsten aus dem Hause Hohenzollern eine herausgehobene Position ein. Er war ein mächtiger Fürst von europäischem Rang und zugleich der symbolische Grundpfeiler und Garant des Reiches, dessen tradierte Verfassung die Grundlage aller Herrschaftsausübung im deutschsprachigen Teil Europas war. Der Respekt vor seiner Machtstellung war zugleich Zeichen einer tiefen Verbundenheit mit der politischen Ord-

nung, die er verkörperte. Das bedeutete jedoch keineswegs, dass der Kaiser die Politik im Reich eigenmächtig bestimmen oder kontrollieren konnte. Es gab keine kaiserliche Zentralregierung, kein kaiserliches Recht der Steuererhebung, kein stehendes Heer und keine Reichspolizei. Wollte der Kaiser das Reich nach seinem Willen lenken, so kam er nicht umhin, mit den Territorialfürsten zu verhandeln, zu feilschen und geschickt zu taktieren. Bei aller Kontinuität mit der mittelalterlichen Vergangenheit war das Heilige Römische Reich ein hochflexibles und dynamisches System, das von einer prekären Machtbalance geprägt war.

Die Reformation

In den 1520er und 1530er Jahren brachten die von der Reformation freigesetzten Kräfte dieses komplexe System aus dem Gleichgewicht. Eine einflussreiche Gruppe von Territorialfürsten und etwa zwei Fünftel der freien Reichsstädte traten zum Luthertum über. Doch der habsburgische Kaiser war fest entschlossen, die katholische Ausrichtung des Römischen Reiches zu sichern und seine kaiserliche Machtstellung zu konsolidieren. Karl V. schmiedete eine Allianz gegen die Lutheraner, und im Schmalkaldischen Krieg von 1546/47 konnten diese Truppen eine Reihe bedeutender Siege erringen. Allerdings führte die Aussicht auf einen weiteren habsburgischen Machtzuwachs dazu, dass sich die Gegner der Dynastie innerhalb wie außerhalb des Reiches zusammenschlossen. Anfang der 1550er Jahre begann Frankreich, das stets darauf bedacht war, die Pläne der Habsburger zu durchkreuzen, die protestantischen deutschen Gebiete militärisch zu unterstützen. Die so entstandene Patt-situation hatte den Kompromiss zur Folge, der 1555 auf dem Reichstag in Augsburg erzielt wurde. Im Augsburger Religionsfrieden wurde die Existenz lutherischer Gebiete im Reich formell anerkannt und den lutherischen Landesfürsten das Recht zugestanden, für eine einheitliche Konfession ihrer Untertanen zu sorgen.

Während dieser Umwälzungen verfolgten die brandenburgischen Hohenzollern eine neutrale und umsichtige Politik. Weil sie es sich mit dem Kaiser nicht verscherzen wollten, wandten sie sich nur zögernd dem lutherischen Glauben zu. Nachdem sie offiziell übergetreten waren, führten sie die Reformation in ihrem Territorium so langsam und vorsichtig ein, dass sie erst Ende des 16. Jahrhunderts abgeschlossen war.



1. Lucas Cranach d. J.,
Kurfürst Joachim II.
(reg. 1535–1571),
gemalt um 1551.

Kurfürst Joachim I. Nestor von Brandenburg (reg. 1499–1535) wollte, dass seine Söhne katholisch blieben, aber 1527 nahm seine Frau Elisabeth von Dänemark die Sache selbst in die Hand und trat zum Luthertum über. Anschließend floh sie nach Sachsen, wo sie sich dem Schutz des protestantischen Kurfürsten Johann unterstellte.¹⁰ Der nächste Kurfürst, Joachim II. Hektor (reg. 1535–1571), war zwar noch katholisch, als er den brandenburgischen Thron bestieg, folgte aber dem Beispiel seiner Mutter und konvertierte zum Luthertum. Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass der Ehefrau eines brandenburgischen Herrschers in Fragen der Konfessionspolitik eine entscheidende Rolle zukam.

Bei aller persönlichen Sympathie für die Ziele der religiösen Reformbewegung zögerte Joachim II., seinen Untertanen offiziell den neuen Glauben vorzuschreiben. Er hing nach wie vor an der alten Liturgie und den prunkvollen katholischen Ritualen. Außerdem wollte er alles vermeiden, was die Stellung Brandenburgs im Gefüge des immer noch mehrheitlich katholischen Reiches gefährden konnte. Lucas Cranach der Jüngere hat um 1551 beide Seiten dieses Herrschers in einem Porträt eingefangen. Vor uns steht eine imposante, breite Gestalt mit geballten Fäusten, prunkvoll gekleidet im edelsteinbesetzten Gewand jener Tage.

Seine Züge zeugen von Wachsamkeit. Aus einem eckigen Gesicht wirft er uns einen misstrauischen Blick zu.

In den großen politischen Kämpfen des Reiches wuchs Brandenburg mehr und mehr die Rolle des Vermittlers und ehrlichen Maklers zu. Gesandte des Kurfürsten waren an mehreren Versuchen beteiligt, einen Kompromiss zwischen dem protestantischen und dem katholischen Lager zu finden. Joachim ging gegenüber den Falken unter den protestantischen Fürsten auf Distanz und entsandte sogar ein kleines Kontingent berittener Truppen, um den Kaiser im Schmalkaldischen Krieg zu unterstützen. Erst 1563, in den vergleichsweise ruhigen Jahren nach dem Augsburger Religionsfrieden, verlieh Joachim seiner Zuneigung zur neuen Religion formell Ausdruck und bezeugte öffentlich seinen Glauben.

Eine deutlich lutherische Prägung erfuhren die brandenburgischen Lande dann erst unter Kurfürst Johann Georg (reg. 1571–1598), dem Sohn Joachims II.: Lehrstühle an der Universität in Frankfurt an der Oder wurden mit orthodoxen Lutheranern besetzt, die Kirchenordnung von 1540 wurde grundlegend überarbeitet, damit sie in jeder Hinsicht lutherischen Prinzipien entsprach, und zwischen 1573 und 1581 sowie 1594 wurde in zahlreichen Visitationen sichergestellt, dass der Wechsel zum Luthertum auf lokaler Ebene auch umgesetzt wurde. In der Reichspolitik dagegen unterstützte Johann Georg weiterhin loyal den habsburgischen Kaiser. Selbst Kurfürst Joachim Friedrich (reg. 1598–1608), der als junger Mann das katholische Lager gegen sich aufgebracht hatte, indem er offen die protestantische Sache unterstützte, wurde vorsichtiger, nachdem er Kurfürst geworden war. Er hielt sich von den diversen protestantischen Allianzen fern, die dem kaiserlichen Hof religiöse Zugeständnisse abringen wollten.¹¹

Die brandenburgischen Kurfürsten handelten sehr umsichtig, aber das bedeutet nicht, dass sie nicht ehrgeizig gewesen wären. Für einen Staat, der weder über natürliche Grenzen verfügte noch über die nötigen Ressourcen, um seine Ziele gewaltsam durchzusetzen, war Heiratspolitik das bevorzugte Instrument. Wenn man sich die Hochzeiten der Hohenzollern im 16. Jahrhundert ansieht, dann sticht ins Auge, auf welcher breiter Front sie vorgegangen sind: 1502 und noch einmal 1523 kam es zu Verbindungen mit dem dänischen Herrscherhaus. Der Kurfürst hoffte (allerdings vergeblich), auf diese Weise einen Anspruch auf Teile der Herzogtümer Schleswig und Holstein und damit einen Zugang zur Ostsee zu erwerben. Im Jahr 1530 verheiratete er seine Tochter Margarete

mit dem Herzog von Pommern, Georg I., in der Hoffnung, dass Brandenburg eines Tages das Erbe dieses Herzogtums zufallen würde, das ebenfalls an die Ostsee grenzte. Eine weitere Figur, der bei den brandenburgischen Planspielen eine wichtige Rolle zukam, war der König von Polen. Dieser war der Lehnsherr des Herzogtums Preußen, eines Fürstentums an der Ostsee, das vor der Säkularisation des Ordensstaates 1525 vom Deutschen Orden kontrolliert worden war und seitdem von Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach regiert wurde, einem Hohenzollern und Cousin des Herzogs von Brandenburg.

Nach diesem attraktiven Gebiet streckte Kurfürst Joachim II. seine Hand aus, als er 1535 Prinzessin Hedwig von Polen heiratete. Als 1564 der Bruder seiner Frau auf dem polnischen Thron saß, konnte Joachim durchsetzen, dass seine beiden Söhne zu Miterben des Herzogtums eingesetzt wurden. Vier Jahre später, nach dem Tod von Herzog Albrecht, wurde dieser Status auf dem polnischen Reichstag in Lublin bestätigt. Dadurch bestand für Brandenburg die Aussicht, das Erbe im Herzogtum anzutreten, falls der neue Herzog, der 15-jährige Albrecht Friedrich, ohne männliche Nachkommen sterben sollte. Wie es der Zufall wollte, ging die Rechnung auf: Albrecht Friedrich lebte weitere 50 Jahre, bei schlechter geistiger Verfassung, aber guter körperlicher Gesundheit. Als er 1618 starb, hinterließ er zwei Töchter, aber keine Söhne.

In der Zwischenzeit ließen die Hohenzollern keine Gelegenheit aus, ihren Anspruch auf das Herzogtum Preußen mit allen möglichen Mitteln zu bekräftigen. Die Söhne machten dort weiter, wo die Väter aufgehört hatten. Im Jahr 1603 konnte Kurfürst Joachim Friedrich den polnischen König überreden, ihm die Regentschaft über das Herzogtum zu übertragen (was aufgrund des instabilen Geisteszustands des Herzogs nötig war). Bereits vorher hatte sein Sohn Johann Sigismund die Verbindungen mit dem Herzogtum Preußen weiter ausgebaut, indem er 1594 die älteste Tochter Herzog Albrecht Friedrichs, Anna von Preußen, geheiratet hatte, trotz der Warnung ihrer Mutter, sie sei »keine der Schönsten«¹². Schließlich heiratete der Vater, Joachim Friedrich, nach dem Tode seiner ersten Frau die jüngere Schwester der Ehefrau seines Sohnes – vermutlich, um eine andere Familie daran zu hindern, Erbansprüche zu erwerben. Der Vater war nunmehr der Schwager seines Sohnes, und Annas jüngere Schwester war zugleich ihre Schwiegermutter.

Der Antritt des preußischen Erbes schien damit gesichert. Die Ehe zwischen Johann Sigismund und Anna eröffnete jedoch darüber hinaus





die Aussicht auf eine weitere lukrative Erbschaft im Westen. Anna war nicht nur die Tochter des Herzogs von Preußen, sondern auch die Nichte eines weiteren geisteskranken deutschen Herzogs, Johann Wilhelms von Jülich-Kleve, dessen Besitzungen neben den rheinischen Herzogtümern Jülich, Kleve und Berg die Grafschaften Mark und Ravensberg umfassten. Annas Mutter, Maria Eleonora, war die älteste Schwester Johann Wilhelms. Die Verwandtschaft mütterlicherseits hätte nur wenig gegolten, wenn es im Hause Jülich-Kleve nicht einen Vertrag gegeben hätte, wonach Besitz und Titel der Familie über die weibliche Linie vererbt werden konnten. Durch dieses ungewöhnliche Arrangement wurde Anna von Preußen zur Erbin ihres Onkels, sodass ihr Mann, Johann Sigismund von Brandenburg, Anspruch auf die Gebiete von Jülich-Kleve erheben konnte.¹³ Dieser Fall veranschaulicht wie kein anderer die Irrungen und Wirrungen des Heiratsmarktes im Europa der Frühen Neuzeit, der geprägt war von rücksichtslosen Intrigen über die Generationen hinweg. Gleichzeitig macht er deutlich, welche Rolle in dieser entscheidenden Phase der Geschichte Brandenburgs der Heiratspolitik zukam.

Große Erwartungen

Die Perspektiven, die sich den Kurfürsten von Brandenburg an der Wende zum 17. Jahrhundert boten, waren ebenso berauschend wie beunruhigend. Weder das Herzogtum Preußen noch die verstreut liegenden Herzogtümer und Grafschaften des jülich-klevischen Erbes grenzten an die Mark Brandenburg. Letztere lagen an der Westgrenze des Heiligen Römischen Reiches, auf Tuchfühlung mit den Spanischen Niederlanden und der Republik der Vereinigten Niederlande. Es handelte sich um ein Konglomerat konfessionell gemischter Gebiete in einer der am stärksten urbanisierten und industrialisierten Regionen Europas. Das lutherische Herzogtum Preußen war ungefähr so groß wie Brandenburg und lag östlich des Heiligen Römischen Reiches an der Ostsee, umgeben von Polen und Litauen, die im Doppelstaat Polen-Litauen vereinigt waren. Es war geprägt von Stränden und Haffs, über die der Wind fegte, von fruchtbaren Ebenen, beschaulichen Seen, düsteren Wäldern und Sümpfen. Im Europa der frühen Neuzeit war es nicht ungewöhnlich, dass ein Herrscher über mehrere, weit verstreute Gebiete gebot, aber in diesem Fall waren die Entfernungen ungewöhnlich groß. Zwischen Berlin und

Königsberg lagen mehr als 700 Kilometer Straßen und Wege, die bei nasser Witterung zum Teil unpassierbar waren.

Die brandenburgischen Ansprüche blieben selbstverständlich nicht unangefochten. Eine einflussreiche Fraktion im polnischen Reichstag wandte sich gegen die brandenburgische Erbfolge, und beim jülich-klevischen Erbe gab es mindestens sieben ernst zu nehmende Konkurrenten, die ebenfalls Ansprüche erhoben. Die beste Legitimation hatte (nach Brandenburg) der Herzog von Pfalz-Neuburg im Westen des Reiches. Hinzu kam, dass sowohl Preußen als auch Jülich-Kleve in, wie wir heute sagen würden, internationalen Spannungsgebieten lagen. In unmittelbarer Nachbarschaft von Jülich-Kleve flammte seit den 1560er Jahren immer wieder der niederländische Unabhängigkeitskampf von Spanien auf, und das Herzogtum Preußen lag im Konfliktgebiet zwischen dem expansionistischen Schweden und Polen-Litauen. Zudem beruhte das militärische Aufgebot des Kurfürsten auf dem veralteten Lehnswesen und befand sich um 1600 bereits seit einem Jahrhundert im Niedergang. Abgesehen von ein paar unbedeutenden Festungsgarnisonen und einigen Kompanien, die als Leibwache dienten, gab es kein stehendes Heer. Selbst wenn es Brandenburg also gelingen sollte, die neuen Territorien zu erwerben, würde man erhebliche Ressourcen mobilisieren müssen, um sie zu sichern.

Aber woher sollte man diese Ressourcen nehmen? Jeder Versuch des Kurfürsten, seine fiskalische Basis zu verbreitern, um den Erwerb neuer Gebiete zu finanzieren, löste im Inneren unweigerlich erbitterten Widerstand aus. Wie viele andere europäische Fürsten mussten sich die brandenburgischen Kurfürsten die Macht mit den so genannten Ständen teilen, regionalen Eliten, die in der Ständeversammlung organisiert waren. Die vom Kurfürsten erhobenen Steuern bedurften der Zustimmung durch die Stände, die (seit 1549) auch für deren Einzug sorgten. Als Gegenleistung erhielten sie weitreichende Befugnisse und Privilegien. Zum Beispiel war es dem Kurfürsten verboten, Bündnisse einzugehen, ohne vorher die Zustimmung der Stände einzuholen.¹⁴ In einer Erklärung von 1540, die bis 1653 bei unterschiedlichen Anlässen bekräftigt wurde, versprach der Kurfürst sogar, er wolle »keine wichtige Sache, doran der lande gedei und vorterb gelegen, ohn unserer gemeiner landstende vorwissen und raht schließen oder fürnehmen«¹⁵. Insofern waren ihm die Hände gebunden. Der Löwenanteil des Grundbesitzes im Kurfürstentum war in der Hand des Landadels, der zugleich der wichtigste

Kreditgeber des Kurfürsten war. Und der Gesichtskreis dieser Adelligen war sehr beschränkt. Sie hatten kein Interesse daran, den Kurfürsten beim Erwerb weit verstreuter Gebiete zu unterstützen, von denen sie nichts wussten. Und sie waren gegen alles, was die Sicherheit der Mark gefährden könnte.

Kurfürst Joachim Friedrich war sich der Tragweite des Problems bewusst. Am 13. Dezember 1604 rief er einen Geheimen Rat ins Leben, dem neun Berater angehörten und der die »ganz hoch angelegne beschwerliche sachen« diskutieren sollte, vor allem die Ansprüche auf Preußen und Jülich.¹⁶ Der Geheime Rat sollte kollegial organisiert sein, sodass Themen mit einem einheitlichen Ansatz aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden konnten. Das Gremium wurde allerdings nie das Zentrum einer staatlichen Bürokratie – es hatte lediglich beratende Funktionen, und es kam nie zu den regelmäßigen Zusammenkünften, die man ursprünglich vorgesehen hatte.¹⁷ Trotzdem zeugte die Bandbreite und Vielfalt seiner Aufgaben von der Entschlossenheit, Entscheidungsprozesse auf höchster Ebene zu konzentrieren.

In ihrer Heiratspolitik wandten sich die Hohenzollern nunmehr nach Westen. Im Februar 1605 wurde der zehnjährige Enkel des Kurfürsten, Georg Wilhelm, mit der achtjährigen Tochter des pfälzischen Kurfürsten Friedrich IV. verlobt. Die Pfalz, ein großes und reiches Territorium am Rhein, war das wichtigste deutsche Zentrum des Calvinismus, einer strengen Form des Protestantismus, die radikaler mit dem Katholizismus brach als die Lutheraner. Der calvinistische oder reformierte Glaube hatte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Teilen West- und Süddeutschlands Fuß gefasst. In Heidelberg, der Hauptstadt der Rheinpfalz, liefen die Fäden eines militärischen und politischen Netzwerks zusammen, das viele deutsche calvinistische Städte und Fürstentümer einschloss und sich darüber hinaus auch auf calvinistische Mächte außerhalb des Reiches erstreckte, insbesondere auf die Republik der Vereinigten Niederlande. Friedrich IV. von der Pfalz verfügte über eines der gewaltigsten Heere im Westen des Reiches, und der brandenburgische Kurfürst hoffte, durch engere Beziehungen zu ihm strategische Unterstützung für seine Ansprüche im Westen zu erlangen. Und tatsächlich wurde im April 1605 ein Bündnis zwischen Brandenburg, der Pfalz und der niederländischen Republik besiegelt, in dem die Niederländer sich verpflichteten, 5000 Mann in Bereitschaft zu halten, die im Namen des Kurfürsten Jülich besetzen sollten. Im Gegenzug erhielten sie militärische Subsidien.

Diese Allianz war ein Bruch mit der bisherigen Politik Brandenburgs. Indem die Hohenzollern sich mit den militanten Calvinisten verbündeten, überschritten sie die Grenzen des 1555 in Augsburg festgeschriebenen Kompromisses, der explizit nur den Lutheranern einen Anspruch auf Toleranz zugestanden hatte. Brandenburg stellte sich damit an die Seite der entschlossensten Gegner des habsburgischen Kaisers. Die Meinungen bei den Entscheidungsträgern in Berlin waren gespalten. Der Kurfürst und die meisten seiner Berater bevorzugten eine vorsichtige und gemäßigte Politik, aber eine einflussreiche Gruppe um den trinkfesten ältesten Sohn des Kurfürsten, Johann Sigismund (reg. 1608–1619), sprach sich für ein energischeres Vorgehen aus. Zu dieser Gruppe zählten der calvinistische Geheimrat Ottheinrich Bylandt zu Rheydt, der aus Jülich stammte, sowie die Trägerin des jülich-klevischen Anspruchs, Anna von Preußen, die Gemahlin Johann Sigismunds. Mit Unterstützung – oder unter dem Druck – dieser Gruppe drängte Johann Sigismund auf engere Beziehungen zur Pfalz. Er sprach sich sogar für die Invasion und Besetzung von Jülich-Kleve aus, um so einer möglichen Auseinandersetzung um das Erbe zuvorzukommen.¹⁸ Es sollte nicht das letzte Mal in der Geschichte des Staates der Hohenzollern sein, dass gegensätzliche außenpolitische Optionen zu einer Polarisierung innerhalb der politischen Eliten führten.

Im Jahr 1609 war es dann so weit: Der geistesranke alte Herzog von Jülich-Kleve starb, und der brandenburgische Anspruch wurde virulent. Der Zeitpunkt war allerdings äußerst ungünstig: Der Konflikt zwischen den spanischen Habsburgern und der niederländischen Republik schwelte nach wie vor, und das Erbe lag genau im strategisch wichtigen Korridor, der den Zugang zu den Niederlanden bildete. Die Situation wurde noch dadurch verschärft, dass die konfessionellen Spannungen überall im Reich dramatisch eskaliert waren. Nach einer Reihe erbitterter religiöser Dispute bildeten sich zwei konfessionelle Lager heraus: die protestantische Union von 1608, angeführt von der calvinistischen Pfalz, und die katholische Liga unter der Führung von Herzog Maximilian von Bayern und unter dem Schutz des Kaisers. In ruhigeren Zeiten hätten sich der Kurfürst von Brandenburg und der Herzog von Pfalz-Neuburg zweifellos an den Kaiser gewandt, um den Streit um Jülich-Kleve beizulegen. Aber im aufgeheizten Klima von 1609 war auf die Neutralität des Kaisers kein Verlass. Der Kurfürst entschloss sich deshalb, die Maschine der kaiserlichen Vermittlung zu umgehen, und unterzeichnete mit

seinem Rivalen eine separate Vereinbarung: Die beiden Fürsten würden das Land gemeinsam besetzen und die Regelung ihrer jeweiligen Ansprüche auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Ihr Vorgehen beschwor eine ernste Krise herauf. Aus den spanischen Niederlanden wurden kaiserliche Truppen abkommandiert, um die Verteidigung Jülichs zu überwachen. Johann Sigismund trat der protestantischen Union bei, die prompt den beiden Anwärtern ihre Unterstützung zusagte und eine Armee von 5000 Mann mobilisierte. König Heinrich IV. von Frankreich ergriff Partei und intervenierte auf Seiten der Protestanten. Allein das Attentat auf den französischen König vom Mai 1610 verhinderte, dass es zu einem Krieg kam. Eine Streitmacht, die sich aus Truppen der Niederlande, Frankreichs, Englands und der protestantischen Union zusammensetzte, rückte nach Jülich vor und belagerte die dortige katholische Garnison. Währenddessen schlossen sich immer mehr Staaten der katholischen Liga und dem Kaiser an, der in seiner Wut über die beiden Anwärter das gesamte jülich-klevische Gebiet dem Kurfürsten von Sachsen übertrug und damit Befürchtungen auslöste, eine kaiserlich-sächsische Invasion Brandenburgs stehe unmittelbar bevor. Schließlich, im Jahr 1614, konnte der Streit beigelegt werden, und das jülich-klevische Erbe wurde – unter dem Vorbehalt einer endgültigen Klärung – zwischen den beiden Anwärtern aufgeteilt: während der Herzog von Pfalz-Neuburg Jülich und Berg erhielt, konnte Brandenburg sich Kleve, Mark, Ravensberg und Ravenstein sichern.

Für den Kurfürsten waren das bedeutende Erwerbungen. Das Herzogtum Kleve lag beiderseits des Rheins und ragte in das Gebiet der Republik der Vereinigten Niederlande hinein. Im ausgehenden Mittelalter war durch den Bau von Deichen der fruchtbare Boden der Schwemmebene des Rheins urbar gemacht worden, wodurch das Land zur Kornkammer der Niederlande geworden war. Die Grafschaft Mark war weniger fruchtbar und weniger dicht besiedelt, dafür gab es hier bedeutende Erzvorkommen und Metallverarbeitung. Von der kleinen Grafschaft Ravensberg aus konnte man den strategisch wichtigen Transportweg vom Rheinland nach Nordostdeutschland kontrollieren. Außerdem besaß sie rings um die Hauptstadt Bielefeld blühende Leinenmanufakturen. Der kleine Adelssitz Ravenstein an der Maas war eine Enklave in der Republik der Vereinigten Niederlande.

Irgendwann muss dem Kurfürsten klar geworden sein, dass er sich übernommen hatte. Angesichts des mageren Steueraufkommens in sei-

nem Land konnte er in dem Konflikt um seine Erbensprüche nur eine Nebenrolle spielen.¹⁹ Jetzt war sein Territorium verwundbarer denn je. Und es gab eine weitere Komplikation: Im Jahr 1613 verkündete Johann Sigismund seine Konversion zum Calvinismus und stellte damit sich und seine Dynastie außerhalb des Augsburger Religionsfriedens von 1555. Den gewaltigen langfristigen Auswirkungen dieses Schrittes werden wir uns im fünften Kapitel zuwenden. Kurzfristig brachte der Kurfürst mit seiner Konversion die lutherische Bevölkerung gegen sich auf, ohne dadurch greifbare außenpolitische Vorteile für sein Land zu erreichen. Die protestantische Union, die sich von Anfang an nur zögerlich für die brandenburgische Sache eingesetzt hatte, zog 1617 ihre zunächst zugesicherte Unterstützung des brandenburgischen Anspruchs zurück.²⁰ Als Antwort kehrte Johann Sigismund der Union den Rücken. Wie einer seiner Berater darlegte, war er ihr einzig in der Hoffnung beigetreten, Unterstützung für seine Erbensprüche zu erhalten. Sein eigenes Territorium lag so weit entfernt, »das solche [die Protestantische Union] ihme zu nichts anderm fürtreglich sein könnte«²¹. Brandenburg stand allein.

Vielleicht wurde der persönliche Verfall des Kurfürsten nach 1609 dadurch beschleunigt, dass ihm dieses Dilemma immer deutlicher vor Augen stand. Der Mann, der als Kurprinz so voller Energie und hoch fliegender Pläne gewesen war, schien verbraucht zu sein. Er war immer ein starker Trinker gewesen, aber jetzt war diese Leidenschaft außer Kontrolle geraten. Die von Friedrich Schiller überlieferte Geschichte, wonach Johann Sigismund die Chance auf eine Heiratsverbindung seiner Tochter mit dem Sohn des Pfalzgrafen von Pfalz-Neuburg zunichte machte, indem er seinem zukünftigen Schwiegersohn in einem Trunksuchtsanfall eine Ohrfeige verabreichte, entbehrt vermutlich jeder Wahrheit.²² Aber es gibt andere, durchaus glaubwürdige Berichte von unkontrollierten Gewaltausbrüchen in trunkenem Zustand. Johann Sigismund wurde immer fettleibiger und lethargischer. Zwischenzeitlich war er unfähig, seine Regierungsgeschäfte auszuüben. Nach einem Schlaganfall 1616 hatte er einen schweren Sprachfehler. Als im Sommer 1618 in Königsberg der Herzog von Preußen starb und damit ein weiterer hohenzollerischer Anspruch auf ein entlegenes Gebiet relevant wurde, beschrieb ein Besucher Johann Sigismund als »lebendigtot«²³.

Durch ihren beharrlichen Einsatz hatten die Kurfürsten aus dem Hause Hohenzollern im Laufe von drei Generationen die Aussichten Brandenburgs deutlich verbessert. Zum ersten Mal konnte man die embryo-

gleichen Ansätze eines weit ausgreifenden Territoriums mit abgelegenen Dependancen im Westen und Osten erahnen, das, was einmal als »Preußen« in die Geschichte eingehen würde. Doch was vorerst blieb, war eine eklatante Diskrepanz zwischen Möglichkeiten und Ressourcen. Wie sollte das Haus Brandenburg seine Ansprüche gegen die zahlreichen Konkurrenten verteidigen? Wie sollte es dafür sorgen, dass die neu erworbenen Gebiete sich politisch unterordneten und Steuern zahlten? Das waren schwierige Aufgaben, selbst in Friedenszeiten. Doch die Friedenszeiten waren fürs Erste vorbei, denn alle Bemühungen, einen Ausgleich zwischen den verfeindeten konfessionellen Lagern zu finden, scheiterten. Im Jahr 1618 steuerte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation auf einen erbittert geführten Krieg um Religion und Macht zu.

KAPITEL 2

Verwüstung

Während des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) wurden die deutschen Lande zum Schauplatz einer europäischen Katastrophe. Eine Auseinandersetzung zwischen dem habsburgischen Kaiser Ferdinand II. (reg. 1619–37) und protestantischen Mächten innerhalb des Heiligen Römischen Reiches weitete sich derart aus, dass am Ende Dänemark, Schweden, Spanien, die Republik der Vereinigten Niederlande und Frankreich in den Krieg verwickelt waren. Auf dem Gebiet der deutschen Staaten spielten sich Konflikte europäischen Ausmaßes ab: der Kampf Spaniens gegen die abtrünnige niederländische Republik, das Wettstreiten der Nordmächte um die Kontrolle der Ostsee und die traditionelle Rivalität zwischen dem bourbonischen Frankreich und den Habsburgern.¹

Zwar kam es auch anderswo zu Schlachten, Belagerungen und Besetzungen, aber der Großteil der Kämpfe wurde auf deutschem Boden ausgetragen. Für den ungeschützten Binnenstaat Brandenburg wurde der Krieg zum Desaster, das die Schwächen des Kurfürstentums schonungslos aufzeigte. An entscheidenden Wendepunkten des Konflikts blieb Brandenburg nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Das Schicksal des Landes lag voll und ganz in fremden Händen. Der Kurfürst war außerstande, seine Grenzen zu sichern, seine Untertanen zu befehligen bzw. zu verteidigen, oder auch nur seinen Titel zu sichern. Solange sich die Armeen durch die Provinzen der Mark wälzten, waren Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt. Das Wirtschaftsleben kam zum Erliegen, und jegliche Kontinuität von Arbeit, Wohnsitz und Erinnerung gehörte unwiderruflich der Vergangenheit an. Das Land des Kurfürsten, schrieb Friedrich der Große über eineinhalb Jahrhunderte später, wurde »im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges verwüstet, und die Spuren, die davon zurückblieben, waren so tief, dass man ihre Merkmale noch jetzt wahrnimmt, wo ich diese Geschichte schreibe«².

Zwischen den Fronten (1618–1640)

Brandenburg war auf die Herausforderungen, die dieses Zeitalter mit sich bringen sollte, völlig unvorbereitet. Da seine militärische Schlagkraft nicht der Rede wert war, hatte man in Verhandlungen mit Freund oder Feind weder Gegenleistungen noch Zugeständnisse zu erwarten. Im Süden grenzte das Kurfürstentum direkt an die Lausitz und Schlesien, beides Erblande der böhmischen Krone und damit Besitz der Habsburger (wobei die Lausitz sächsisches Lehen war). Westlich davon, ebenfalls mit einer direkten Grenze zu Brandenburg, lag Kursachsen, das seine Aktionen in den ersten Kriegsjahren eng mit dem Kaiser abstimmt. Die Nordflanke Brandenburgs war den Truppen der protestantischen Ostseemächte Dänemark und Schweden schutzlos ausgeliefert. Alles, was das Kurfürstentum vom Meer trennte, war das geschwächte Herzogtum Pommern unter der Herrschaft des alternden Bogislaw XIV. Dem Kurfürsten von Brandenburg fehlten die Mittel, die neu erworbenen Gebiete im Westen oder das entlegene Herzogtum Preußen gegen Aggressoren zu verteidigen. Er hatte also allen Grund, mit Bedacht zu handeln. Hinzu kam die tief verwurzelte Angewohnheit, sich dem Wunsch des Kaisers zu fügen.

Kurfürst Georg Wilhelm (reg. 1619–40) war ein ängstlicher und unentschlossener Mann, der nicht das nötige Rüstzeug mitbrachte, um die extremen Herausforderungen seiner Zeit zu meistern. In den ersten Kriegsjahren vermied er jegliche Bündnisverpflichtung, um seine spärlichen Ressourcen nicht zu gefährden und sein Territorium nicht der Gefahr von Vergeltungsschlägen auszusetzen. Zwar gewährte er den böhmischen Ständen gegen die Habsburger moralische Unterstützung, doch als sein Schwager, der pfälzische Kurfürst, nach Böhmen marschierte, um für die protestantische Sache zu kämpfen, hielt sich Georg Wilhelm heraus. Mitte der 1620er Jahre, als an den Höfen Dänemarks, Schwedens, Frankreichs und Englands Pläne für eine Koalition gegen Habsburg geschmiedet wurden, begnügte sich Brandenburg weitgehend damit, als Zuschauer die Diplomatie der Großmächte zu verfolgen. Es gab zwar Bestrebungen, Schweden zu einem Feldzug gegen den Kaiser zu überreden. Im Jahr 1620 hatte der schwedische König die Schwester Georg Wilhelms geheiratet. Sechs Jahre später wurde eine weitere Schwester mit dem Fürsten von Siebenbürgen verheiratet, einem calvinistischen Adligen, der sich – dank der Unterstützung der Türken – in mehreren kriegerischen Auseinandersetzungen mit Habsburg als einer

der mächtigsten Gegner des Kaisers erwiesen hatte. Gleichzeitig beteuerte Brandenburg jedoch gegenüber dem katholischen Kaiser seine Lehns-treue und blieb auf Distanz zur gegen den Kaiser gerichteten Haager Allianz, die England und Dänemark im Dezember 1624 besiegelten.

All das konnte jedoch nicht verhindern, dass das Kurfürstentum von beiden Seiten bedrängt und wiederholt militärisch besetzt wurde. Nachdem das Heer der katholischen Liga unter General Tilly die protestantischen Truppen 1623 bei Stadtlohn besiegt hatte, wurden Soldaten der Liga in den westfälischen Gebieten Mark und Ravensberg einquartiert. Georg Wilhelm war sich darüber im Klaren, dass er sich nur dann aus den Kämpfen heraushalten konnte, wenn er in der Lage war, sein Territorium nach allen Seiten zu verteidigen. Für eine effektive Politik der bewaffneten Neutralität fehlte ihm jedoch das Geld. Die mehrheitlich lutherischen Stände betrachteten seine calvinistischen Neigungen mit Argwohn und gedachten keineswegs, diese finanziell zu unterstützen. Bis 1620 sympathisierten sie weitgehend mit dem Kaiser. Sie befürchteten, ihr calvinistischer Kurfürst könnte sie in gefährliche internationale Verpflichtungen hineinziehen. Aus ihrer Sicht war es das Beste, das Ende des Sturms abzuwarten und es tunlichst zu vermeiden, sich einen der Kontrahenten zum Feind zu machen.

Während Georg Wilhelm damit beschäftigt war, den Ständen Geld abzurufen, überrannte 1626 der pfälzische General Ernst II., Graf von Mansfeld, die Altmark und die Prignitz. Seine dänischen Verbündeten folgten ihm dicht auf den Fersen. Chaos brach aus. Kirchen wurden geplündert, die Stadt Nauen dem Erdboden gleichgemacht. Auf der Jagd nach verstecktem Geld und Gut wurden ganze Dörfer gebrandschatzt. Als ein brandenburgischer Minister ihn zur Rede stellte, antwortete der dänische Gesandte Mitzlaff mit atemberaubender Arroganz, der Kurfürst möge es wohl oder übel nehmen, sein König [Christian IV.] werde doch fortfahren. Wer nicht mit ihm sei, sei gegen ihn.³ Aber kaum hatten die Dänen es sich in der Mark gemütlich gemacht, wurden sie von ihren Feinden zurückgedrängt. Im Spätsommer 1626, nach dem Sieg der Kaiserlichen und der Liga am 27. August bei Lutter am Barenberg im Herzogtum Braunschweig, besetzten kaiserliche Truppen die Altmark, während die Dänen sich in die Prignitz und Uckermark nord- bzw. nordwestlich von Berlin zurückzogen. Ungefähr zur gleichen Zeit landete der schwedische König Gustav II. Adolf in Preußen und machte das Herzogtum zu seiner Basis für Operationen gegen Polen, womit er die

2. Porträt Georg Wilhelms
(reg. 1619–1640). Holzschnitt von
Richard Brend'amour nach einem
zeitgenössischen Porträt.



Ansprüche des Kurfürsten völlig übergang. Auch die Neumark wurde überrannt und geplündert: Hier fielen kosakische Söldner ein, die im Dienst des Kaisers standen. Wie groß die Bedrohung für Brandenburg war, zeigte das Schicksal des Herzogs im benachbarten Mecklenburg. Als Strafe für seine Unterstützung der Dänen ließ der Kaiser die herzogliche Familie deportieren und überließ Mecklenburg seinem mächtigen Feldherrn, dem Kriegsunternehmer Albrecht von Wallenstein, als Beute.

Es schien an der Zeit, sich stärker dem habsburgischen Lager anzunähern. »Wenn dies Wesen lange währt«, erklärte Georg Wilhelm, »so muß ich gar närrisch werden; denn ich gräme mich sehr. [...] Ich [...] werde mich zum Kaiser schlagen müssen; ich habe nur einen Sohn; bleibt der Kaiser, so bleibe ich und mein Sohn, auch wohl Kurfürst [...].«⁴ Entgegen allem Protest seiner Berater und der Stände, die eine strikte Neutralitätspolitik vorgezogen hätten, schloss der Kurfürst am 22. Mai 1626 ein Bündnis mit dem Kaiser. Auf Grundlage dieser Vereinbarung wurde das gesamte Kurfürstentum den kaiserlichen Truppen anheimgegeben. Damit brachen für Brandenburg schwere Zeiten an, denn um seine Truppen zu verpflegen, unterzubringen und zu bezahlen, bediente sich der kaiserliche Generalissimus, Graf Wallenstein, für gewöhnlich bei der Bevölkerung besetzter Gebiete.

Das Bündnis mit dem Kaiser brachte Brandenburg also keine Erleichterung. Ja, als die kaiserlichen Streitkräfte ihre Gegner zurückdrängen konnten und Ende der 1620er Jahre im Zenit ihrer Macht standen, schien Kaiser Ferdinand II. Georg Wilhelm sogar gänzlich zu übergehen. Im Restitutionsedikt von 1629 verkündete der Kaiser, er gedenke, alle Erzbistümer, Bistümer, Prälaturen, Klöster, Hospitäler und Stiftungen, die im Jahr 1552 katholisch waren, zurückzufordern, notfalls mit Gewalt – ein Vorhaben mit äußerst gravierenden Folgen für Brandenburg, wo zahlreiche Kirchenbesitzungen unter protestantische Verwaltung gestellt worden waren. Das Edikt bekräftigte die Regelung von 1555, denn Calvinisten waren weiterhin vom Religionsfrieden im Reich ausgenommen. Nur der katholische und der lutherische Glaube waren offiziell anerkannt, alle anderen Lehren und Sekten waren verboten.⁵

Die Lage der protestantischen Staaten verbesserte sich, als im Jahre 1630 Schweden in den Krieg eingriff. Gleichzeitig wuchs jedoch der politische Druck auf Brandenburg.⁶ Im Jahr 1620 war Maria Eleonora, die Schwester Georg Wilhelms, an den schwedischen König Gustav II. Adolf verheiratet worden, in dessen überlebensgroßer Gestalt sich missionarischer Eifer für die protestantische Sache in Europa mit Eroberungslust paarte. Als der König von Schweden immer tiefer in die deutsche Auseinandersetzung hineingezogen wurde, strebte er mangels anderer deutscher Verbündeter ein Bündnis mit seinem Schwager Georg Wilhelm an. Der Kurfürst zögerte, und seine Gründe sind nur allzu verständlich. Gustav Adolf hatte 15 Jahre lang einen Eroberungskrieg im Ostseeraum geführt. In mehreren Feldzügen gegen Russland hatte er für Schweden ein Gebiet erworben, das von Finnland bis ins Baltikum reichte. Im Jahr 1621 hatte Gustav Adolf erneut Krieg gegen Polen geführt. Dabei hatte er das Herzogtum Preußen besetzt und Livland erobert (Teile des heutigen Estlands und Lettlands). Schließlich hatte er sogar den altersschwachen Herzog von Mecklenburg zu einer Vereinbarung gedrängt, derzufolge beim Tode des Herzogs sein Territorium an Schweden fallen sollte – ein Abkommen, das sich offen gegen den langjährigen Erbschaftsvertrag Brandenburgs mit seinem nördlichen Nachbarn richtete.

Das schwedische Vorgehen legte den Schluss nahe, dass es keinen großen Unterschied machte, ob man Schweden zum Freund oder zum Feind hatte. Georg Wilhelm kehrte zur Strategie der Neutralität zurück. Er plante, gemeinsam mit Sachsen einen protestantischen Block zu bilden, der sich gegen das Restitutionsedikt wenden und zugleich einen Puffer

zwischen dem Kaiser und seinen Feinden im Norden darstellen sollte. Der Erfolg dieser Politik zeigte sich auf dem Leipziger Konvent im Februar 1631. Allerdings trug dieser Schachzug wenig dazu bei, der Bedrohung zu begegnen, der sich Brandenburg im Norden wie im Süden gegenüber sah. Aus Wien kamen wütende Warnungen und Drohungen. Währenddessen kam es in der Neumark immer wieder zu Zusammenstößen zwischen schwedischen und kaiserlichen Truppen. Nach und nach vertrieben die Schweden die Kaiserlichen aus dieser Provinz und besetzten die befestigten Städte Frankfurt an der Oder, Landsberg und Küstrin.

Mit den Erfolgen seiner Truppen im Felde im Rücken forderte der König von Schweden nunmehr offen ein Bündnis mit Brandenburg. Die Beteuerungen Georg Wilhelms, er wünsche neutral zu bleiben, stießen auf taube Ohren. Gustav Adolf erklärte einem brandenburgischen Gesandten:

»Ich will von keiner Neutralität nichts wissen noch hören. Seine Liebden [von Brandenburg] muß Freund oder Feind sein. Wenn ich an Ihre Grenzen komme, so muß Sie sich kalt oder warm erklären. Hier streitet Gott und der Teufel. Will Seine Liebden es mit Gott halten, so trete Sie zu mir, will Sie es lieber mit dem Teufel halten, so muß Sie fürwahr mit mir fechten; tertium non dabitur, des seid gewiß.«⁷

Georg Wilhelm machte immer neue Ausflüchte, während der schwedische König mit seinen Truppen immer näher an Berlin heranrückte. In Panik sandte der Kurfürst die Frauen der Familie aus, um mit Gustav Adolf zu verhandeln. Sie trafen ihn in Köpenick, einige Kilometer südöstlich der Hauptstadt. Man einigte sich darauf, dass der König als Gast des Kurfürsten mit 1000 Mann zu weiteren Verhandlungen in die Stadt kommen sollte. Während sie die Gastfreundschaft des Kurfürsten ausgiebig genossen, sprachen die Schweden in den folgenden Tagen beschwörend von Teilen Pommerns, die man an Brandenburg abzutreten bereit sei, stellten eine Hochzeit der Tochter des Königs mit dem Sohn des Kurfürsten in Aussicht und drängten auf eine Allianz. Am Ende beschloss Georg Wilhelm, sich mit den Schweden zu verbünden.

Ein Grund für diesen Politikwechsel war das Auftreten der schwedischen Truppen. Als die Verhandlungen ins Stocken gerieten, stellten sie sich vor der Berliner Stadtmauer auf und richteten ihre Kanonen auf das Schloss, damit der belagerte Kurfürst sich besser konzentrieren konnte. Eine wichtige Vorentscheidung war allerdings schon durch die Einnahme der protestantischen Stadt Magdeburg durch die kaiserlichen Truppen

Tillys am 20. Mai 1631 gefallen. Auf die Eroberung Magdeburgs folgte nicht nur die bei solchen Gelegenheiten übliche Plünderung der Stadt, sondern ein Massaker unter der Stadtbevölkerung, das im literarischen Gedächtnis der Deutschen einen dauerhaften Platz einnehmen sollte. Friedrich II. beschrieb die Szene später mit diesen von klassischer Rhetorik geprägten Sätzen.

»Alles, was die entfesselte Willkür des Soldaten zu ersinnen vermag, wenn nichts mehr seine Wut aufhält, alles, was wüteste Grausamkeit den Menschen eingeben kann, wenn blinde Raserei sich ihrer Sinne bemächtigt, all das ward damals von den Kaiserlichen in der verheerten Stadt verübt. Die Soldaten rannten truppweise mit blanker Waffe durch die Straßen und mordeten unterschiedslos Greise, Weiber und Kinder, solche, die sich verteidigten, und solche, die ihnen keinen Widerstand entgegensetzten. [...] Man sah nichts als noch zuckende Leichname, zu hohen Haufen getürmt oder nackt hingestreckt. Die Todesschreie der Schlachtopfer und das Wutgeschrei der Mörder mischten sich schauerlich in den Lüften.«⁸

Auch für die Zeitgenossen war die Zerstörung Magdeburgs, einer Stadt mit etwa 20.000 Einwohnern und eines der Zentren des deutschen Protestantismus, ein tiefer Schock. Beschreibungen der dort verübten Gräueltaten wurden in Form von Pamphleten, Zeitungen und Flugschriften in ganz Europa verbreitet.⁹ Nichts hätte dem Ruf des habsburgischen Kaisers in den protestantischen deutschen Gebieten mehr schaden können als die Nachricht von dieser mutwilligen Auslöschung seiner protestantischen Untertanen. Beim Kurfürsten von Brandenburg saß der Schock besonders tief, war doch sein Onkel, Markgraf Christian Wilhelm, der protestantische Administrator des Erzbistums Magdeburg gewesen. Im Juni 1631 schloss Georg Wilhelm widerwillig einen Vertrag mit den Schweden, in dem er sich bereit erklärte, die Festungen Spandau (nördlich von Berlin) und Küstrin (in der Neumark) den schwedischen Truppen zu übergeben und darüber hinaus monatlich Kontributionen in Höhe von 30.000 Talern zu leisten.¹⁰

Der Pakt mit Schweden erwies sich als ebenso kurzlebig wie der, den Brandenburg mit dem Kaiser geschlossen hatte. In den Jahren 1631 und 1632 verschob sich das Kräftegleichgewicht zugunsten der protestantischen Mächte. Die Schweden und ihre sächsischen Verbündeten fielen über den Süden und Westen Deutschlands her und fügten der kaiserlichen Seite empfindliche Niederlagen zu. Ihr Ansturm verlor jedoch an

Schwung, als Gustav Adolf am 16. November 1632 in der Schlacht bei Lützen im Kavalleriegedränge den Tod fand. Ende 1634, nach einer schweren Niederlage bei Nördlingen, hatte Schweden seine überlegene Position verloren. Kaiser Ferdinand II. seinerseits war erschöpft vom Krieg und versuchte, einen Keil zwischen Schweden und die deutschen protestantischen Fürsten zu treiben. Er ergriff die Gelegenheit beim Schopfe und bot moderate Friedensbedingungen an. Seine Rechnung ging auf: Der lutherische Kurfürst von Sachsen, der sich im September 1631 den Schweden angeschlossen hatte, kehrte reumütig an die Seite des Kaisers zurück. Für den brandenburgischen Kurfürsten war die Entscheidung schwieriger. Im Entwurf des Friedens von Prag wurden einige besonders weitreichende Forderungen des Restitutionsedikts zurückgenommen und eine Amnestie in Aussicht gestellt, aber von einer Tolerierung des Calvinismus war nach wie vor nicht die Rede. Die Schweden ihrerseits ließen nicht ab, Brandenburg zu einem Vertrag zu drängen. Diesmal versprachen sie, ganz Pommern an Brandenburg abzutreten, sobald die Feindseligkeiten im Reich beigelegt wären.

Nach langem, qualvollem Zögern beschloss Georg Wilhelm, sein Glück an der Seite des Kaisers zu suchen. Im Mai 1635 unterschrieben Brandenburg, Sachsen und Bayern den Frieden von Prag, zahlreiche Reichsfürsten schlossen sich an. Im Gegenzug sagte der Kaiser zu, für die Anerkennung des brandenburgischen Anspruchs auf das Herzogtum Pommern zu sorgen. Zur Sicherung der Mark wurde eine Abordnung kaiserlicher Regimenter entsandt, und Georg Wilhelm wurde mit dem angesichts seiner militärischen Unfähigkeit eher unpassenden Titel »Generalissimus« der kaiserlichen Armee geehrt. Der Kurfürst seinerseits verpflichtete sich, zur Unterstützung der kaiserlichen Truppen ein Heer von 25.000 Mann aufzustellen. Unglücklicherweise kam es gleichzeitig mit dem Schulterschluss zwischen Brandenburg und dem Kaiser im Norden Deutschlands zu einer erneuten Verschiebung der Machtbalance. Nach einem Sieg über das sächsische Heer bei Wittstock am 4. Oktober 1636 waren die Schweden erneut »Herren in der Mark«¹¹.

In seinen letzten Regierungsjahren versuchte Georg Wilhelm, die Schweden aus Brandenburg zu vertreiben und nach dem Tod des Herzogs von Pommern im März 1637 dessen Land unter seine Kontrolle zu bringen. Das Ergebnis seiner Bemühungen, ein brandenburgisches Heer gegen die Schweden aufzustellen, war eine kleine, schlecht ausgerüstete Truppe. In der Folge wurde das Kurfürstentum nicht nur von den

Schweden und den Kaiserlichen geplündert, sondern auch von den undisziplinierten Haufen des eigenen Heeres. Als die Schweden erneut in der Mark einfielen, musste der Kurfürst – nicht zum letzten Mal in der Geschichte der brandenburgischen Hohenzollern – in das vergleichsweise sichere Herzogtum Preußen fliehen, wo er im Jahre 1640 starb.

Politik

Friedrich der Große beschrieb Georg Wilhelm später als »unfähigen Fürsten«, und eine Geschichte Preußens kommt zu dem wenig schmeichelnden Schluss, der schlimmste Fehler dieses Kurfürsten sei nicht seine mangelnde Entschlussfreudigkeit gewesen, sondern der Mangel eines Kopfes, den er sich hätte zerbrechen können. Noch so ein Kurfürst, so die Autoren weiter, und die Geschichte Brandenburgs wäre heute allenfalls für Regionalhistoriker interessant. Die Sekundärliteratur ist voll von derartigen Urteilen.¹² Georg Wilhelm gab sicherlich eine wenig heldenhafte Figur ab, und er war sich dessen auch bewusst. Als junger Mann war er bei einem Jagdunfall schwer verletzt worden. Seine Lebenskraft wurde durch eine chronisch entzündete Wunde am Oberschenkel geschwächt, und er blieb zeitlebens auf eine Sänfte angewiesen. In einer Zeit, in der das Schicksal Deutschlands in den Händen mächtiger Kriegsherren lag, war der Anblick des Kurfürsten in seiner Sänfte sicher wenig dazu angetan, Vertrauen zu erwecken. Ständig war er auf der Flucht vor einem der am Krieg beteiligten Heere, die ohne seine Einwilligung durch sein Territorium zogen. »Ich gräme mich«, schrieb er im Juli 1626, »daß nun meine Lande also verdorben und ich so gering geachtet und verhöhnt werde; alle Welt muß mich für eine feige Memme halten...«¹³

Dabei lag das Zögern und Zaudern dieser Jahre weniger an der Persönlichkeit des Kurfürsten als an den objektiv schwierigen Entscheidungen, mit denen er konfrontiert war. Das Dilemma, in dem er sich befand, war strukturell bedingt und im Grunde unausweichlich. Für uns ist es deshalb so interessant, weil es unsere Aufmerksamkeit auf eine der Kontinuitäten der brandenburgischen (und später der preußischen) Geschichte lenkt. Immer wieder sollten sich die Entscheidungsträger in Berlin zwischen den Fronten wiederfinden und gezwungen sein, zwischen den Optionen abzuwägen. Und bei jeder dieser Gelegenheiten war der Herrscher dem Vorwurf ausgesetzt, dass er zu zögerlich gewesen sei,

unfähig zu einer klaren Entscheidung. Die Ursache dafür war weniger die geografische Lage als die Position Brandenburgs auf der imaginären Landkarte europäischer Machtpolitik. Wenn man sich die wichtigsten Konfliktlinien zwischen den Machtblöcken auf dem europäischen Kontinent im frühen 17. Jahrhundert vor Augen hält – Schweden-Dänemark, Polen-Litauen, Österreich-Spanien und Frankreich – dann erkennt man, dass Brandenburg mit seinen praktisch schutzlosen Anhängseln im Westen und Osten genau im Schnittpunkt dieser Linien lag. Schweden sollte später seine Machtstellung verlieren, gefolgt von Polen, aber der Aufstieg Russlands zur Großmacht sollte Berlin erneut vor dasselbe Problem stellen. Jede Regierung würde wählen müssen zwischen Bündnis, bewaffneter Neutralität und unabhängigem Handeln.

Als immer deutlicher wurde, in welchem militärischen und diplomatischen Dilemma Brandenburg sich befand, kristallisierten sich in Berlin zwei Fraktionen mit entgegengesetzten außenpolitischen Zielen heraus. Sollte Brandenburg wie bisher in Treue zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches stehen und Schutz bei den Habsburgern suchen? Diese Sichtweise wurde von Adam Graf von Schwarzenberg vertreten, einem Katholiken aus der Grafschaft Mark, der den brandenburgischen Anspruch auf Jülich-Berg unterstützt hatte. Schwarzenberg (1583–1641) war ab Mitte der 1620er Jahre der Anführer einer habsburgischen Fraktion in Berlin. Zwei der mächtigsten Geheimräte hingegen, Levin von Knesebeck und Samuel von Winterfeld, waren vehemente Vertreter der protestantischen Sache. Die beiden Lager kämpften verbissen darum, welche Seite die brandenburgische Politik bestimmte. Als sich der Kurfürst 1626 zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem habsburgischen Lager gezwungen sah, konnte Schwarzenberg gegen den Protest der Stände durchsetzen, dass Winterfeld des Hochverrats angeklagt und aus dem Land gejagt wurde. Im Herbst 1630 dagegen, als Schweden sich im Aufwind befand, bildete sich eine proschwedische Fraktion aus, die vom calvinistischen Kanzler Sigismund von Götzen angeführt wurde, und Schwarzenberg musste sich nach Kleve zurückziehen. Doch sobald die Initiative 1634 und 1635 wieder bei den Kaiserlichen lag, kehrte er nach Berlin zurück.

Die Damen bei Hofe hatten ihre eigenen außenpolitischen Überzeugungen. Die junge Frau des Kurfürsten war die Schwester des calvinistischen Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, dessen Territorium von Truppen der katholischen Liga und aus Spanien überrannt und verwüs-